

# Der Stadtrat will die Entschleunigung

**Reizthema Tempo 30** Die Thuner Schulstrasse wird definitiv zum Standort für ein Pilotprojekt: Der Stadtrat genehmigt Geld für eine Tempo-30-Zone – trotz Widerstand auf der rechten Ratsseite.

Michael Gurtner

An Tempo 30 scheiden sich die Geister: Sollen die Gemeinden und Städte bei der Umsetzung Gas geben? Oder im Gegenteil möglichst auf die Bremse stehen? Für viele Anwohnerinnen und Anwohner der Schulstrasse in Thun war der Fall klar: Zwei grosse Schulanlagen, viel Verkehr, eine über weite Strecken schmale Strasse, immer mal wieder Unfälle – da tue Tempo 30 not, fanden sie, lancierten eine Petition, trugen 1200 Unterschriften zusammen.

Und stiessen beim Thuner Gemeinderat auf Gehör. Dieser will Tempo 30 auf der Schulstrasse im Sinne eines Pilotprojekts rasch umsetzen. Mit dem «Versuch» sollen laut Bauvorsteher Reto Schertenleib (SVP) Erkenntnisse auch für andere Quartiere gewonnen werden, ein Präjudiz soll es hingegen nicht sein.

Die Regierung hat dem Stadtparlament etwas mehr als ein Jahr nach der Petitionsübergabe einen Kredit von 234'000 Franken für Tempo 30 auf der Schulstrasse vorgelegt. Und der Stadtrat? Ist sich – wenig überraschend – nicht einig.

## Tempo 30 nur zum Teil?

«Wenn man uns Autofahrer bremst, suchen wir uns den Weg», sagt Philipp Deriaz (SVP) und spricht möglichen Ausweichverkehr aufgrund der Tempo-30-Massnahme an. Die Platzverhältnisse seien auf der Schulstrasse unbestritten eng. Der Bus und der rege Betrieb etwa bei Schulanfang und -ende sorgen aber automatisch für tieferes Tempo. Und in 80 Prozent der Zeit seien 50 km/h problemlos möglich. «Wir möchten nicht, dass ein Präjudiz für andere



Die Schulstrasse in Thun: Hier wird bald Tempo 30 gelten. Foto: Michael Gurtner

Standorte geschaffen wird», betont Deriaz. Tempo 30 im Bereich der Schulen kann er sich vorstellen – aber nicht auf der gesamten Schulstrasse: Zwischen der Frutigenstrasse und der Bahnunterführung brauche es keine Geschwindigkeitsreduktion.

Die unterschiedlichen Gegebenheiten auf der Schulstrasse mit Wohnbereichen, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten – sie sind für Michelle Marbach (Grüne) gerade ein Grund, warum die Schulstrasse als Ganzes «optimal» für den Versuch sei. «Hier

können wir Erfahrungen sammeln.»

Gefahrenstellen liessen sich mit Tempo 30 am einfachsten reduzieren – die Wahrscheinlichkeit, bei einer Kollision getötet zu werden, sei bei Tempo 50 markant höher als bei Tempo 30.

## Zebrastreifen «notwendig»

«Der Handlungsbedarf ist unbestritten», sagt Vanessa Meier (Fraktion GLP/EVP/EDU), die auf baldige weitere Tempo-30-Projekte hofft. Simon Werren (Fraktion FDP/Mitte) findet

es «sehr gut und absolut notwendig», dass im Schulbereich Fussgängerstreifen beibehalten werden. Dies ist normalerweise in Tempo-30-Zonen nicht der Fall.

Adrian Christen (SP) sieht in der ganzen von der Anwohner-Petition angestossenen Geschichte ein «Superbeispiel unserer direkten Demokratie» – und auch die Verwaltung gebe ein gutes Beispiel, wie es gehen könne, wenn die Dringlichkeit eines Anliegens ernst genommen werde.

Der Stadtrat bewilligt den Kredit schliesslich mit 25 zu 12 Stimmen, wobei neben der SVP auch die Gruppierung Partellos Nein sagt. Eine Baubewilligung braucht es für die Umsetzung nicht, da bauliche Eingriffe beim Pilotprojekt explizit nicht vorgesehen sind. Stattdessen wird mit Signalen und Bodenmarkierungen auf die Reduktion der Geschwindigkeit aufmerksam gemacht.

## Wirksamkeit wird geprüft

Die Verkehrsmassnahme muss aber nach dem Ja des Stadtrats

«Wenn man uns Autofahrer bremst, suchen wir uns den Weg.»

Philipp Deriaz  
SVP-Stadtrat

noch vom Kanton abgesegnet und mit Beschwerdefrist publiziert werden. Im besten Fall soll Tempo 30 auf der Schulstrasse im späten Frühjahr oder Sommer 2024 umgesetzt werden.

«Die Schulstrasse bietet eine gute Gelegenheit, etwas zu versuchen», erklärt Bauvorsteher Reto Schertenleib im Stadtrat auch noch. «Wir werden schauen, messen, beobachten.»

Innerhalb eines Jahres nach der Einführung soll die Wirksamkeit von Tempo 30 überprüft werden.

## Sofortige Steuersenkung fiel bei den Parteien durch

**Stadtrat genehmigt Budget 2024** Der Thuner Stadtrat genehmigte das Budget.

Eine von den Parteilosen beantragte Steuersenkung fürs kommende Jahr hatte keine Chance.

Die Budgetdebatte im Thuner Stadtrat war zu Ende, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Vorerst jedenfalls, bat doch SVP-Fraktionspräsident Peter Aegerter gleich zu Beginn um einen Sitzungsunterbruch, um sich mit den Fraktionspräsidenten der anderen Parteien zu besprechen.

Der Grund: Die Parteilosen Marc Fritschi, Sandro Badertscher und Matthias Zellweger hatten den schriftlichen Antrag gestellt, die Gemeindesteuern der Stadt Thun nicht erst aufs Jahr 2025, sondern bereits auf das kommende Jahr hin zu senken und zwar von bisher 1,72 auf 1,6 Einheiten. In einem Eventualantrag forderten sie zudem die Reduktion der Liegenschaftssteuer von 1,2 auf 0,5 Promille.

## Zeit ohne Budget

Doch das Ansinnen traf im Rat auf wenig Resonanz. Die Vertreterinnen und Vertreter aller anderen Parteien hörten auf die warnenden Worte der zuständigen Gemeinderätin Andrea de Meuron (Grüne), die Ausfälle von 8,54 Millionen Franken bei den Gemein-

desteuern und von 7,2 Millionen Franken bei den Liegenschaftssteuer in Aussicht stellte. «Was würden wir denn machen? Ein Defizit in Kauf nehmen?», fragte sie in den Raum und zeigte gleichzeitig auf, dass bei einer Annahme des Antrags eine rasche Volksabstimmung nötig wäre, die aber frühestens Anfang März des kommenden Jahres erfolgen könne.

«Bis dahin hätten wir kein gültiges Budget und könnten nur noch gebundene Ausgaben tätigen. Geld für Skilager oder fürs Bauen gäbe es bis dahin keines mehr», malte Andrea de Meuron ein mögliches Szenario an die Wand. Vielmehr plädierte die Finanzverantwortliche dafür, die geplante Steuersenkung in einem strukturierten, seriösen Prozess und in Kenntnis des Rechnungsabschlusses 2023 anzugehen.

## «Leere Versprechungen»

So hatte Marc Fritschi als Sprecher der Parteilosen einen schweren Stand, wollte sich aber nicht geschlagen geben: «Die Finanzlage ist erfreulich, die Einnahmen sprudeln, eine Steuersenkung ist

überfällig», warf er sich ins Zeug und sprach von leeren Versprechungen der Stadtregierung, die «zartere und zaudere». Wegen der kalten Progression ergäben sich noch weit höhere Steuereinnahmen, die nicht budgetiert seien. «Was der Gemeinderat hier macht, ist reine Verzögerungstaktik», schloss er sein Votum.

Doch bei allen anderen Parteivertreterinnen und -vertretern waren die Meinungen gemacht: Sie sprachen dem Gemeinderat

ihre Vertrauen aus. Mark von Wijk (FDP/Die Mitte) liess sich gar zu einem musikalischen Vergleich hinreissen und sprach von einem «C-Dur-Budget», das «hell, fröhlich und optimistisch» töne. Und prophezeite «Gänsehaut und Begeisterung wie bei einem guten musikalischen Höhepunkt», sollte der Gemeinderat die angekündigte Steuererhöhung realisieren. «Ich bin Musikant und würde mich ebenfalls gern in diese Stimmung versetzen lassen!», nahm

Thomas Bieri (SVP) das Votum auf.

## «Reiner Populismus»

Auch wenn er nicht so musikalisch veranlagt sei wie andere im Raum, lobte auch Thomas Hiltbold (Grüne) die überlegte, langfristig ausgerichtete Finanzpolitik der Stadt und warnte vor frühzeitigem Aktivismus in Sachen Steuern. «Der Antrag zur Steuersenkung aufs kommende Jahr ist reiner Populismus», warf er den Parteilosen vor. Und Peter Aegerter tat das Ansinnen «als unvorberitetes Politikmarketing» ab, das er nicht ernst nehmen könne, und empfahl den Antrag im Namen aller Fraktionen einstimmig zur Ablehnung. Es kam, was kommen musste: Das Begehren der Parteilosen wurde mit 34 zu 3 Stimmen abgelehnt, der Eventualantrag für die Senkung der Liegenschaftssteuer mit 33 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung. Das Budget, das Aufwände und Erträge von je 333 Millionen Franken vorsieht, wurde klar mit 34 zu 3 angenommen.



Thun und der Schlossberg aus der Vogelperspektive: In Sachen Finanzen gilt die Stadt als vorbildlich. Foto: Manuel Lopez

Barbara Donski

## Idee wird nicht weiterverfolgt

**Sportcluster im Lachen** Die Wogen gingen im Vorfeld hoch: Wie würde der Stadtrat auf die Motion reagieren, die eine Machbarkeitsstudie für den Neubau eines Hallenbades sowie einer Doppel-Eissporthalle auf dem Lachenareal forderte? Schliesslich hatte das Parlament diesem Begehren im September die Dringlichkeit gewährt.

Doch bevor eine Diskussion in Gang kam, verkündete Nicolas Glauser (GLP) den Rückzug der Motion. Der Grund: Die parteiübergreifende Gruppe von Thuner Stadträtinnen und Stadträten hatte gleichzeitig eine Süstierung der Pläne für die Sanierung der Eishalle im Grabengut verlangt, was aber in der alleinigen Kompetenz des Gemeinderats liegt. Die Motion ist demnach gar nicht motionsfähig.

«Unser Vorstoss verliert damit seine Verbindlichkeit», erklärte Glauser und drückte gleichzeitig sein «grösstes Bedauern» aus. Denn die Thunerinnen und Thuner warteten seit Jahren auf eine gedeckte Wasseroberfläche. Immerhin sei die Idee damit aus dem Dornröschenschlaf gerissen worden. «Die Diskussion ist lanciert», so Glauser. «Vielleicht ergeben sich ganz neue Optionen.» (don)